

Antrag

der Abg. Stephan Braun u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Zusammenarbeit des Studienzentrums Weikersheim mit Rechtsextremisten

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche Erkenntnisse der Landesregierung vorliegen über das Seminar, zu dem das Studienzentrum Weikersheim gemeinsam mit der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) und dem „Bund Junges Ostpreußen“ (BJO) im November 2003 in Bad Pyrmont eingeladen hatte;
2. welche Erkenntnisse die Landesregierung über die Verbindung zwischen der SWG und der Zeitschrift „Nation und Europa“ hat und wie sie die Zusammenarbeit des Studienzentrums Weikersheim mit der SWG bewertet;
3. ob der Landesregierung bekannt ist, dass der BJO die Nachfolgeorganisation der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) ist, von der sich die „Landsmannschaft Ostpreußen“ wegen deren rechtsextremistischen Bestrebungen trennen musste und wie die Landesregierung die Zusammenarbeit zwischen dem Studienzentrum Weikersheim und dem BJO bewertet;
4. inwieweit die Landesregierung Kenntnis über Verbindungen zwischen den zu dieser Tagung geladenen Referenten, der Burschenschaft Danubia und der Zeitschrift „Nation und Europa“ besitzt, die im Verfassungsschutzbericht Baden Württemberg als eines der wichtigsten Beispiele für „Intellektualisierungsbemühungen der rechtsextremistischen Szene“ aufgeführt wird;

5. wie die Landesregierung den Umstand bewertet, dass der ehemalige Regierungspräsident und derzeitige Vorstandsvorsitzende der landeseigenen Brauerei Rothaus als Vizepräsident des Studienzentrums Weikersheim fungiert und ob Innenminister a.D. Thomas Schäuble als künftiger Vorstandsvorsitzender der Brauerei Rothaus ebenfalls eine Funktion im Studienzentrum übernehmen wird;
6. ob in den vergangenen Jahren Gelder aus dem Landeshaushalt dem Studienzentrum Weikersheim und einzelnen Veranstaltungen dieser Einrichtung zugeflossen sind und wenn ja, in welcher Höhe;
7. ob die Landesregierung ausschließen kann, dass dem Studienzentrum Weikersheim Gelder von der landeseigenen Brauerei Rothaus zuteil wurden, ggf. über den Umweg der Hans-Filbinger-Stiftung.

28. 07. 2004

Braun, Stickelberger, Birzele, Kipfer,
Maurer, Weckenmann, Wichmann SPD

Begründung

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg stellt fest, dass der Rechtsextremismus in Deutschland seit Jahren versucht, seine organisatorische Zersplitterung zu überwinden und in der Mehrheitsgesellschaft an Akzeptanz zu gewinnen (S. 140 und 188 f.). Dabei strebt die Szene an, sich personell wie strukturell besser zu vernetzen und die Abgrenzung zum demokratisch-konservativen Spektrum zu verwischen.

Es muss verhindert werden, dass Bildungsstätten wie dem Studienzentrum Weikersheim dabei eine „Scharnierfunktion“ zukommt. Deshalb stellt sich die Frage, ob und wie die Landesregierung diesen Tendenzen entgegenwirken will.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 1. September 2004 Nr. 5–1082.2/197 nimmt das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. welche Erkenntnisse der Landesregierung vorliegen über das Seminar, zu dem das Studienzentrum Weikersheim gemeinsam mit der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) und dem „Bund Junges Ostpreußen“ (BJO) im November 2003 in Bad Pyrmont eingeladen hatte;

Zu 1.:

Der Landesregierung liegen zu dem betreffenden Seminar keine Erkenntnisse vor.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

2. *welche Erkenntnisse die Landesregierung über die Verbindung zwischen der SWG und der Zeitschrift „Nation und Europa“ hat und wie sie die Zusammenarbeit des Studienzentrums Weikersheim mit der SWG bewertet;*

Zu 2.:

Erkenntnisse über eine Verbindung zwischen der rechtsextremistischen Zeitschrift „Nation & Europa – Deutsche Monatshefte“ und der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) liegen ebenfalls nicht vor. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass Mitglieder und Personen aus dem Umfeld der SWG in einzelnen Fällen Beiträge in „Nation & Europa“ publizieren.

Weder die SWG noch das Studienzentrum Weikersheim unterliegen der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden. Aus diesem Grund liegen der Landesregierung auch keine Erkenntnisse vor, die Grundlage einer Bewertung der Zusammenarbeit zwischen dem Studienzentrum Weikersheim und der genannten Gesellschaft sein könnten.

3. *ob der Landesregierung bekannt ist, dass der BJO die Nachfolgeorganisation der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) ist, von der sich die „Landsmannschaft Ostpreußen“ wegen deren rechtsextremistischen Bestrebungen trennen musste und wie die Landesregierung die Zusammenarbeit zwischen dem Studienzentrum Weikersheim und dem BJO bewertet;*

Zu 3.:

Bei dem am 13. Februar 2000 gegründeten „Bund Junges Ostpreußen“ (BJO) handelt es sich um die neue Jugendorganisation der „Landsmannschaft Ostpreußen“ (LO). Am 29. Januar 2000 hatte sich die „Landsmannschaft Ostpreußen“ von ihrer früheren Jugendorganisation, der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) getrennt, weil der neu gewählte Vorstand der JLO nicht bereit war, sich von Personen mit rechtsextremistischem Hintergrund zu distanzieren.

Anders als bei der JLO liegen zum „Bund Junges Ostpreußen“ keinerlei Hinweise auf rechtsextremistische Tendenzen vor.

4. *inwieweit die Landesregierung Kenntnis über Verbindungen zwischen den zu dieser Tagung geladenen Referenten, der Burschenschaft Danubia und der Zeitschrift „Nation und Europa“ besitzt, die im Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg als eines der wichtigsten Beispiele für „Intellectualisierungsbemühungen der rechtsextremistischen Szene“ aufgeführt wird;*

Zu 4.:

Der Landesregierung liegen über derartige Verbindungen keine Erkenntnisse vor.

5. *wie die Landesregierung den Umstand bewertet, dass der ehemalige Regierungspräsident und derzeitige Vorstandsvorsitzende der landeseigenen Brauerei Rothaus als Vizepräsident des Studienzentrums Weikersheim fungiert und ob Innenminister a.D. Thomas Schäuble als künftiger Vorstandsvorsitzender der Brauerei Rothaus ebenfalls eine Funktion im Studienzentrum übernehmen wird;*

Zu 5.:

Das Studienzentrum Weikersheim ist ein eingetragener privatrechtlicher Verein. Ein privates Engagement durch den amtierenden oder den künftigen Vorstandsvorsitzenden der Brauerei Rothaus im Präsidium des Studienzentrums Weikersheim entzieht sich einer Bewertung durch die Landesregierung.

6. ob in den vergangenen Jahren Gelder aus dem Landeshaushalt dem Studienzentrum Weikersheim und einzelnen Veranstaltungen dieser Einrichtung zugeflossen sind und wenn ja, in welcher Höhe;

Zu 6.:

Das Studienzentrum Weikersheim hat in den Jahren 1993 bis 1997 und im Jahre 1999 Zuwendungen aus dem Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst für die Durchführung der „Weikersheimer Hochschulwochen“, zuletzt in Höhe von 5.000 DM, erhalten. Seit dem Jahr 2000 hat das Studienzentrum keine Zuwendungen aus dem Landeshaushalt mehr erhalten.

7. ob die Landesregierung ausschließen kann, dass dem Studienzentrum Weikersheim Gelder von der landeseigenen Brauerei Rothaus zuteil wurden, ggf. über den Umweg der Hans-Filbinger-Stiftung.

Zu 7.:

Ja.

In Vertretung
Munding
Ministerialdirektor